



Einführung in das Abfallrecht

Rechtsanwalt Dr. Tim Hahn

KOPP-ASSENMACHER & NUSSER Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

VDM e.V. – Juniorenpflichtseminar Kaufmännische & rechtliche Grundlagen

28.-30.11.2018

Berlin

AGENDA

1. Welchen Standort hat das Abfallrecht innerhalb des sonstigen Umweltrechts?
2. Auf welchen Ebenen der „Normenpyramide“ finden sich abfallrechtliche Normen?
3. Welche Bedeutung hat das EU-Recht für das nationale Abfallrecht?
4. Was sind Abfälle? Und warum ist es wichtig, ob ein Stoff ein Abfall ist oder nicht?
5. Wie sind Abfälle von (Neben-)Produkten abzugrenzen?
6. Wann endet die Abfalleigenschaft eines Stoffes?
7. Wie sind gefährliche von nicht gefährlichen Abfällen abzugrenzen?
8. Wer ist für die Entsorgung von Abfällen in Deutschland verantwortlich?
9. Darf die Privatwirtschaft (Metall-)Abfälle aus privaten Haushaltungen sammeln?
10. Welche Anforderungen müssen Händler und Makler von Abfällen beachten?
11. Welchen Anzeige- und Erlaubnispflichten unterliegt die Tätigkeit des Händlers/Maklers von Abfällen?
12. Haben Händler und Makler Pflichten nach der Nachweisverordnung?
13. Was ist bei der internationalen Verbringung von Abfällen zu beachten?
14. Welche Aufklärungspflichten hat ein Auftragnehmer hinsichtlich der Beschaffenheit von Abfällen nach Entsorgungsvertragsrecht?



Welchen Standort hat das Abfallrecht innerhalb des sonstigen Umweltrechts?

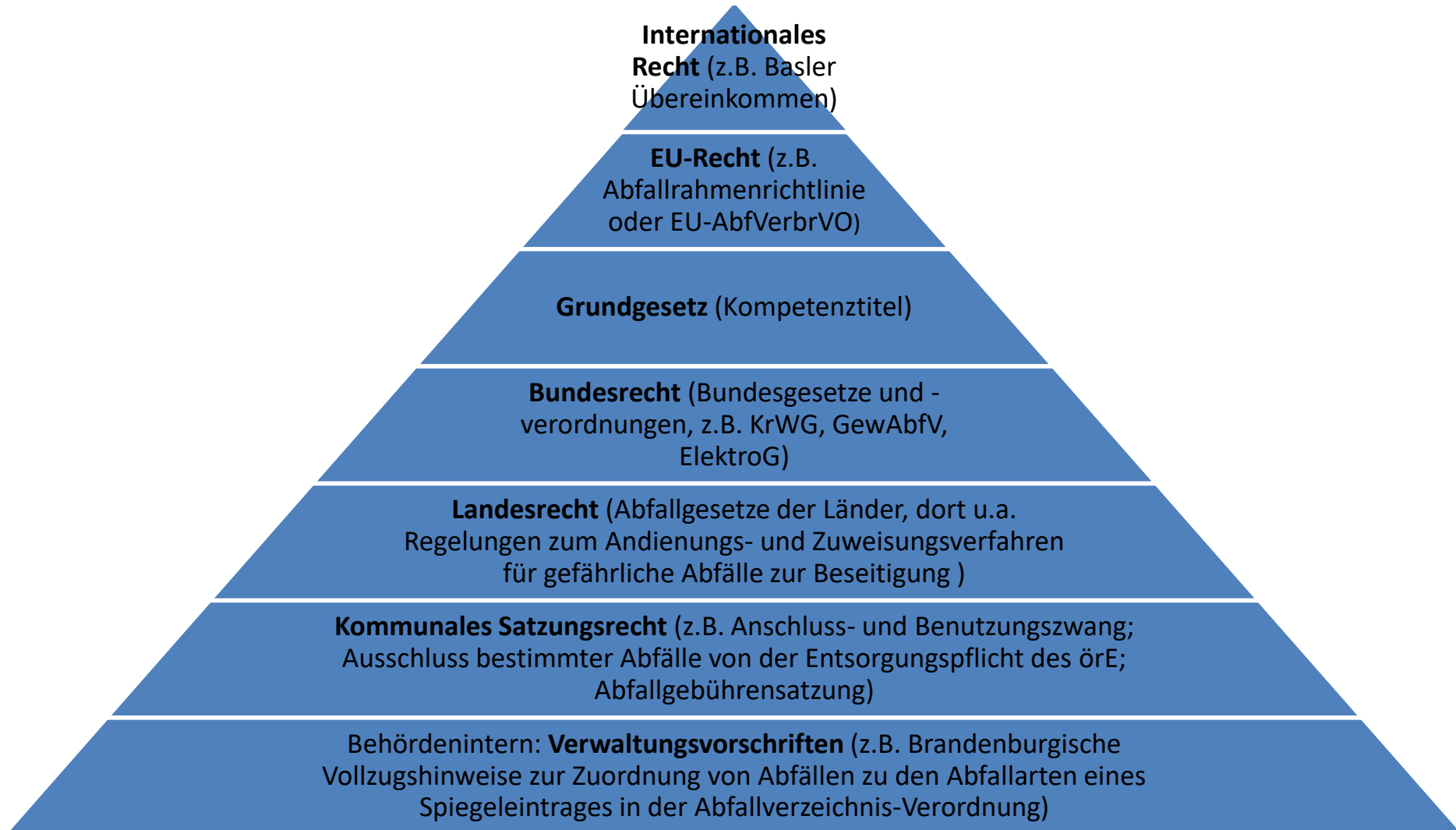
Abfallrecht als Teilmaterie des Umweltrechts





Auf welchen Ebenen der „Normenpyramide“ finden sich abfallrechtliche Normen?

Abfallrecht in der Normenpyramide





Welche Bedeutung hat das EU-Recht für das nationale Abfallrecht?

Vorprägung des deutschen Abfallrechts durch das EU-Recht (Auswahl)

Europarecht	Nationale Vorschriften	Regelungsbereich
Abfallrahmenrichtlinie 2008/98/EG	KrWG, GewAbfV	Allgemeine Strukturen, Grundpflichten, Begriffe, etc.
Entscheidung 2000/532/EG über ein Abfallverzeichnis	AVV – Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis	Europaweit harmonisierende Vorschrift über Bezeichnung und Einstufung von Abfällen (als gefährlich)
Verordnung (EU) Nr. 333/2011	(§ 5 KrWG)	Kriterien zur Festlegung, wann Eisen-, Stahl- und Aluminiumschrott nicht mehr als Abfall anzusehen ist
Abfallverbringungsverordnung (EG) Nr. 1013/2006	AbfVerbrG, AbfVerbrBußV	Grenzüberschreitende Verbringung innerhalb der EU und in/aus Drittstaaten
Verpackungs-Richtlinie 94/62/EG	VerpackV/ VerpackG (ab 1.1.2019)	Verpackungen und Verpackungsabfälle
Deponie-Richtlinie 1999/31/EG	DepV	Errichtung, Betrieb, Stilllegung, etc. von Deponien und Langzeitlagern
Altfahrzeug-Richtlinie 2000/53/EG	AltfahrzeugV	Fahrzeuge und Altfahrzeuge sowie deren Bauteile und Werkstoffe
EEA-RL 2012/19/EU („WEEE“)	ElektroG	Elektro- und Elektronikgeräte und Elektro- und Elektronikaltgeräte
Batterie-Richtlinie 2006/66/EG	BattG	Batterien und Akkumulatoren



Was sind Abfälle? Und warum ist es wichtig, ob ein Stoff ein Abfall ist oder nicht?

Warum ist es wichtig, ob ein Stoff ein (gefährlicher) Abfall ist oder nicht?

- Spezielle **Genehmigungspflichten** nach BImSchG, s. Ziff. 8 Anhang 1 zur 4. BImSchV (Lagerflächen, Behandlungsanlagen)
- „**Zugelassene**“ **Abfallarten in Genehmigungsbescheid** wichtig für Abfallentsorgungsanlagen in Bezug auf die Reichweite der Genehmigung
- **Erlaubnis- und Anzeigepflichten** für den Umgang mit Abfällen, §§ 53, 54 KrWG und AbfAEV
- **Nachweis- und Registerpflichten** nach KrWG und NachwV
- **Notifizierungs- oder Informationspflichten** bei grenzüberschreitender Verbringung
- Spezielle **Straftatbestände**, z.B. unerlaubter Umgang mit Abfällen nach § 326 StGB
- Vielzahl von **Ordnungswidrigkeiten** gemäß dem jeweiligen Fachrecht
- Spezielle **ordnungsrechtliche Verantwortlichkeit** der Erzeuger und (früheren) Besitzer
- **Überlassungspflichten** an die öRE
- **Ggf. Andienungs- und Zuweisungsverfahren** für gefährliche Abfälle zur Beseitigung nach Landesrecht
- Spezifische **Überwachungsbefugnisse** der Behörden, § 47 KrWG
- Pflicht zur Bestellung **Betriebsbeauftragter** nach AbfBeauftrV

Was sind Abfälle? – Abfallbegriff

„Abfälle im Sinne dieses Gesetzes sind alle Stoffe oder Gegenstände, derer sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss“, § 3 Abs. 1 Satz 1 KrWG

- Konkretisierung der Legaldefinition in § 3 Abs. 2, 3 und 4 KrWG
- „subjektiv-objektiver“ und „objektiver“ Abfallbegriff - Funktion der Objektivierung: Reduktion von **Beweisschwierigkeiten** im Interesse der **Gefahrenabwehr**
- Beispiele:
 - **Kupferrohre** werden im Rahmen von Abrisstätigkeiten ausgebaut, gesammelt und können aufgrund ihrer Werthaltigkeit weiterverkauft werden, Abfall?
 - Längere **ungeschützte Lagerung** von Kabelresten, Holzpaletten und Metallschrott auf eigenem Grundstück im Freien, Abfall?
- Ergänzung um besondere Definitionen in § 3 Abs. 5, 6, 7 KrWG (**gefährliche Abfälle**, Inertabfälle, Bioabfälle)
- Abgrenzungsregelungen in § 4 KrWG (**Nebenprodukte**) und § 5 (**Ende der Abfalleigenschaft**)



Wie sind Abfälle von (Neben-)Produkten abzugrenzen?

Was sind Abfälle? – Abgrenzung Abfall und **Nebenprodukt**

Beispiel: metallische Produktionsabfälle wie Späne oder Stanz-, Blech- und Profilschrott oder Aschen, Krätzen, Schlacken, Schlämme und Stäube mit Metallgehalt

- Ausgangspunkt: **Vermutungsregelung in § 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 KrWG**
- Rückstände aus Herstellungsprozessen → Vermutung des Entledigungswillens = Abfall
- **Beweislast des Herstellers**, dass Produktionsrückstand Nicht-Abfall
- Hersteller muss **Voraussetzungen in § 4 Abs. 1 KrWG** darlegen, will er den Rückstand als „Produkt“ vermarkten

Was sind Abfälle? – Abgrenzung Abfall und **Nebenprodukt**

Voraussetzungen für das Vorliegen eines Nebenprodukts nach § 4 KrWG

- Abfalleigenschaft entfällt wenn
 1. **weitere Verwendung sichergestellt**
 2. weiterer Einsatz **keine Vorbehandlung** erfordert (ausgenommen: „normales industrielles Verfahren“)
 3. Stoff oder Gegenstand „als integraler Bestandteil eines Herstellungsprozesses erzeugt“
 4. **die weiteren Verwendung rechtmäßig ist** (alle Produkt-, Umwelt- und Gesundheitsschutzanforderungen werden erfüllt, und „insgesamt“ keine schädlichen Auswirkungen zu erwarten)
- **Rechtsfolge** = Vorliegen von Nicht-Abfall tritt „**von Gesetzes wegen**“ ein
- In der Praxis aber u.U. behördlicher **Feststellungsbescheid** ratsam



Wann endet die Abfalleigenschaft eines Stoffes?

Was sind Abfälle? – Ende der Abfalleigenschaft

- Voraussetzungen für das Abfallende sind in **§ 5 KrWG** geregelt
- Bundesregierung kann Voraussetzungen für bestimmte Stoffströme konkretisieren, § 5 Abs. 2 KrWG → keine Konkretisierung für Metallabfälle
- Konkretisierungen auf EU-Ebene
 - **Abfallende-Schrott-VO**, Verordnung (EU) Nr. 333/2011, in Kraft getreten: 09.10.2011, Anwendbar für Eisen-, Stahl- und Aluminiumschrotte und Schrott aus Aluminiumlegierungen
 - **Abfallende-Kupfer-VO**, Verordnung (EU) Nr. 715/2013, in Kraft getreten: 15.8.2013
- EU-Abfallende-Verordnungen normieren hohe Hürden, u.a.
 - Hohe Anforderungen an **Schrottqualität** (z.B. in Bezug auf Gesamtanteil Fremdstoffe)
 - Selbstüberwachungsanforderungen (**Qualitätsmanagement**)
 - Pflicht zur **Konformitätserklärung** des Erzeugers



Wie sind gefährliche von nicht gefährlichen Abfällen abzugrenzen?

Was sind gefährliche Abfälle?

- Gefährlich im Sinne des KrWG sind die **Abfälle, die durch die Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) oder aufgrund AVV bestimmt** worden sind, vgl. § 3 Abs. 5 Satz 1 KrWG
- **§ 3 AVV bestimmt:** Die Abfallarten im AV, deren Abfallschlüssel mit einem Sternchen (*) versehen sind, sind gefährlich im Sinne des KrWG
- **3 Arten von Einträgen**
 1. **(*)-Abfälle** – absolut gefährlich
 2. **()-Abfälle** – absolut ungefährlich
 3. **„Spiegeleinträge“:** aus der gleichen Quelle stammende Abfälle, die je nach konkreter Sachlage und Zusammensetzung des Abfalls nach dem Abfallverzeichnis einem gefahrenrelevanten Eintrag (*) oder einem nicht gefahrenrelevanten Eintrag () zugeordnet werden könnten

Beispiel: Abfälle aus der thermischen Aluminium-Metallurgie:

10 03 19*	Filterstaub, der gefährliche Stoffe enthält
10 03 20	Filterstaub mit Ausnahme von Filterstaub, der unter 10 03 19 fällt

Was sind gefährliche Abfälle?

Nr. 2.2 Einleitung zur Anlage AVV nennt Kriterien für Einstufung von Abfällen als gefährlich nach AVV:

1. Einstufung als gefährlich, wenn Abfall relevante gefährliche Stoffe enthält („gefährlicher Stoff“ → CLP-Verordnung), **aufgrund derer** er eine oder mehrere der gefahrenrelevanten Eigenschaften **HP 1-8, 10-15 Anhang III AbfRRL** aufweist, z.B. „akute Toxizität“, „karzinogen“, „ökotoxisch“, u.a. (→ z.T. Konzentrationsgrenzwerte nach Anhang III AbfRRL relevant)
2. Einstufung als gefährlich, wenn Abfall einen von 16 POP („persistente organische Schadstoffe“) oberhalb der Konzentrationsgrenzwerte gemäß **Anhang IV POP-Verordnung** enthält
3. Für **reine Metalllegierungen in massiver Form** gelten Konzentrationsgrenzwerte nach Anhang III AbfRRL nur, sofern diese durch gefährliche Stoffe verunreinigt
4. Berücksichtigung verschiedener **Anmerkungen der CLP-VO** für Bewertung gefahrenrelevanter Eigenschaften

→ Zuweisung eines passenden gefahrenrelevanten/nicht gefahrenrelevanten Abfallschlüssels

Was sind gefährliche Abfälle?

Behördliche Einzelfalleinstufung: (*)-Abfall als nicht-gefährlich ()

- Die zuständige Behörde kann im Einzelfall für Abfälle eine von § 3 Abs. 1 AVV abweichende Einstufung vornehmen, wenn der Abfallbesitzer nachweist, dass der im Abfallverzeichnis als gefährlich aufgeführte Abfall **keine der in Anhang III der Richtlinie 2008/98/EG genannten Eigenschaften (Gefährlichkeitskriterien) aufweist**, § 3 Abs. 3 Satz 1 AVV

Behördliche Einzelfalleinstufung: nicht-gefährlich eingestufter Abfall () als (*)-Abfall

- Die zuständige Behörde kann im Einzelfall Abfälle als gefährlich einstufen, wenn ein im Abfallverzeichnis als nicht gefährlich aufgeführter Abfall **eines oder mehrere der vorgenannten Gefährlichkeitskriterien aufweist**, s. § 3 Abs. 3 Satz 2 AVV

Gefährliche Abfälle – Beispiel Metallspäne mit Kühlschmiermittelanhaftung

- Abfallrechtliche Einstufung von **Metallspänen** nach AVV-Gruppe 12 01:
- Abfälle aus Prozessen mech./phys. Formgebung/Oberflächenbearbeitung von Metallen und Kunststoffen

Schlüssel	Bezeichnung
12 01 01	Eisenfeil- und -drehspäne
12 01 02	Eisenstaub und -teilchen
12 01 03	NE-Metallfeil- und -drehspäne
12 01 04	NE-Metallstaub und -teilchen
12 01 05	Kunststoffspäne und -drehspäne

- Alle für **Metallspäne** in Betracht kommenden Abfallarten sind **ungefährlich**
- **kein Spiegeleintrag** vorhanden

Gefährliche Abfälle – Beispiel Metallspäne mit Kühlschmiermittelanhaftung

- Abfallrechtliche Einstufung von **Kühlschmierstoffen** nach AVV-Gruppe 12 01:
- Abfälle aus Prozessen mech./phys. Formgebung/Oberflächenbearbeitung von Metallen und Kunststoffen

Schlüssel	Bezeichnung
12 01 06*	halogenhaltige Bearbeitungsöle auf Mineralölbasis (außer Emulsionen und Lösungen)
12 01 07*	halogenfreie Bearbeitungsöle auf Mineralölbasis (außer Emulsionen und Lösungen)
12 01 08*	halogenhaltige Bearbeitungsemulsionen und -lösungen
12 01 09*	halogenfreie Bearbeitungsemulsionen und -lösungen
12 01 10*	synthetische Bearbeitungsöle

→ Alle für **Kühlschmierstoffe** in Betracht kommenden Abfallarten sind **gefährlich**

Gefährliche Abfälle – Beispiel Metallspäne mit Kühlschmiermittelanhaftung

„Lösungsvorschläge“

- **herkunftsbezogene Einstufung** gemäß Ziff. 3 Einl. Anlage AVV → AS 12 01 01 bis 12 01 04
- **Dagegen** z.B. **BayLfU**: „Hinweise zur abfallrechtlichen Einstufung von mit Kühlschmierstoffen verunreinigten Metallspänen“ (02/2018)
 - „Die gemischte Charge aus Metallspänen und Kühlschmierstoffen wird durch den **absolut gefährlichen Abfallschlüssel 12 01 18*** [=öhlhaltige Metallschlämme (Schleif-, Hon- und Läppschrämme)] hinsichtlich Herkunft, Metallkomponente und einstufrungsrelevantem Gehalt an Öl oder Ölemulsion am besten beschrieben.“
 - „Durch die Wahl des absolut gefährlichen Abfallschlüssels ist die **Prüfung** nach Gefährlichkeitsmerkmalen (HP-Kriterien) und damit verbundene Konzentrationsgrenzen **obsolet.**“
- **ebenso LAGA Vollzugshinweise** v. 17./18.4.2018 → grds. AS 12 01 18*, wenn aber **Trennung** am Entstehungsort durch Zentrifugieren, Pressen, Abtropfen lassen:
 - tropffreie Späne mit Restanhaftungen → AS 12 01 01 - 12 01 04;
 - liquide Phase → 12 01 06* - 12 01 10*



Wer ist für die Entsorgung von Abfällen in Deutschland verantwortlich?

Wer ist für die Entsorgung von Abfällen in Deutschland verantwortlich?

Entsorgungsverantwortung der öffentlichen Hand

- **Grds. alle Abfälle (zV und zB) aus privaten Haushaltungen**, im Gebiet eines öRE angefallen und überlassen, § 20 Abs. 1 Satz 1 KrWG
 - **begrenztes Eigenverwertungsrecht** (Bsp. Gartenkompostierung), § 17 Abs. 1 Satz 1 KrWG
 - **Ausschlussmöglichkeit** für Abfälle, die Rücknahmepflicht unterliegen (**Bsp.** Duales System sammelt nach **VerpackG**), § 20 Abs. 2 Satz 1 KrWG
- **Grds. Abfälle zur Beseitigung aus Gewerbe/Industrie**, § 20 Abs. 1 Satz 1 KrWG
 - Begrenztes **Eigenbeseitigungsrecht in eigenen Anlagen**, § 17 Abs. 1 Satz 2, 3 KrWG
 - **Ausschlussmöglichkeit durch öRE/Behörde** gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2 KrWG (**soweit Entsorgung** mit Abfällen aus Haushaltungen **nicht möglich oder durch anderen öRE oder Dritten gewährleistet**)

Duale Entsorgungsverantwortung

- Ungefährliche und nicht gemischte Abfälle aus privaten Haushaltungen, die durch **gemeinnützige oder gewerbliche Sammlung** erfasst werden dürfen,
 - **müssen nicht** (dürfen aber) dem öRE **überlassen werden**, § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, 4 KrWG
 - z.B. Alttextilien, Altpapier, **Altmetalle** aus privaten Haushaltungen
- **Hersteller oder Vertreiber nehmen** die zu Abfall gewordenen Produkte in Wahrnehmung ihrer Produktverantwortung **freiwillig zurück**, § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KrWG (Beispiel H&M)
- Sog. „**Duale Systeme**“ **organisieren** die **Sammlung und Entsorgung** (neben oder zusammen mit dem öRE), § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 KrWG

Private Entsorgungsverantwortung

- **Gewerbliche/industrielle Abfälle zur Verwertung**: Abfallerzeuger und -besitzer, §§ 7, 15 KrWG
- **Abfälle zur Beseitigung aus Gewerbe/Industrie nur, wenn** Ausschluss aus staatlicher Verantwortung, § 20 Abs. 2 Satz 2 KrWG (s. linke Spalte)
- Ggf. Beschränkung/Lenkung der privaten Entsorgungsbefugnis durch **landesrechtliche Andienungs- und anlagenscharfe Zuweisungspflichten** gemäß § 17 Abs. 4 KrWG für **gefährliche Abfälle zur Beseitigung aus Gewerbe/Industrie**

Wer ist für die ordnungsgemäße Entsorgung verantwortlich?

- Abfallerzeuger und Abfallbesitzer, §§ 7, 15 KrWG
- Definition **Abfallerzeuger**, § 3 Abs. 8 KrWG

„Erzeuger von Abfällen im Sinne dieses Gesetzes ist jede natürliche oder juristische Person,

- 1. durch deren Tätigkeit Abfälle anfallen (Ersterzeuger)*
- 2. die Vorbehandlungen, Mischungen oder sonstige Behandlungen vornimmt, die eine Veränderung der Beschaffenheit oder der Zusammensetzung dieser Abfälle bewirken (Zweiterzeuger).“*

- Definition **Abfallbesitzer**, § 3 Abs. 9 KrWG

„Besitzer von Abfällen (...) ist jede natürliche oder juristische Person, die die tatsächliche Sachherrschaft über Abfälle hat.“

- (u.U. auch) **frühere Abfallbesitzer**
- **Produktverantwortliche**, § 27 KrWG

Wie lange bleibt die Entsorgungsverantwortung bestehen?

- § 22 KrWG

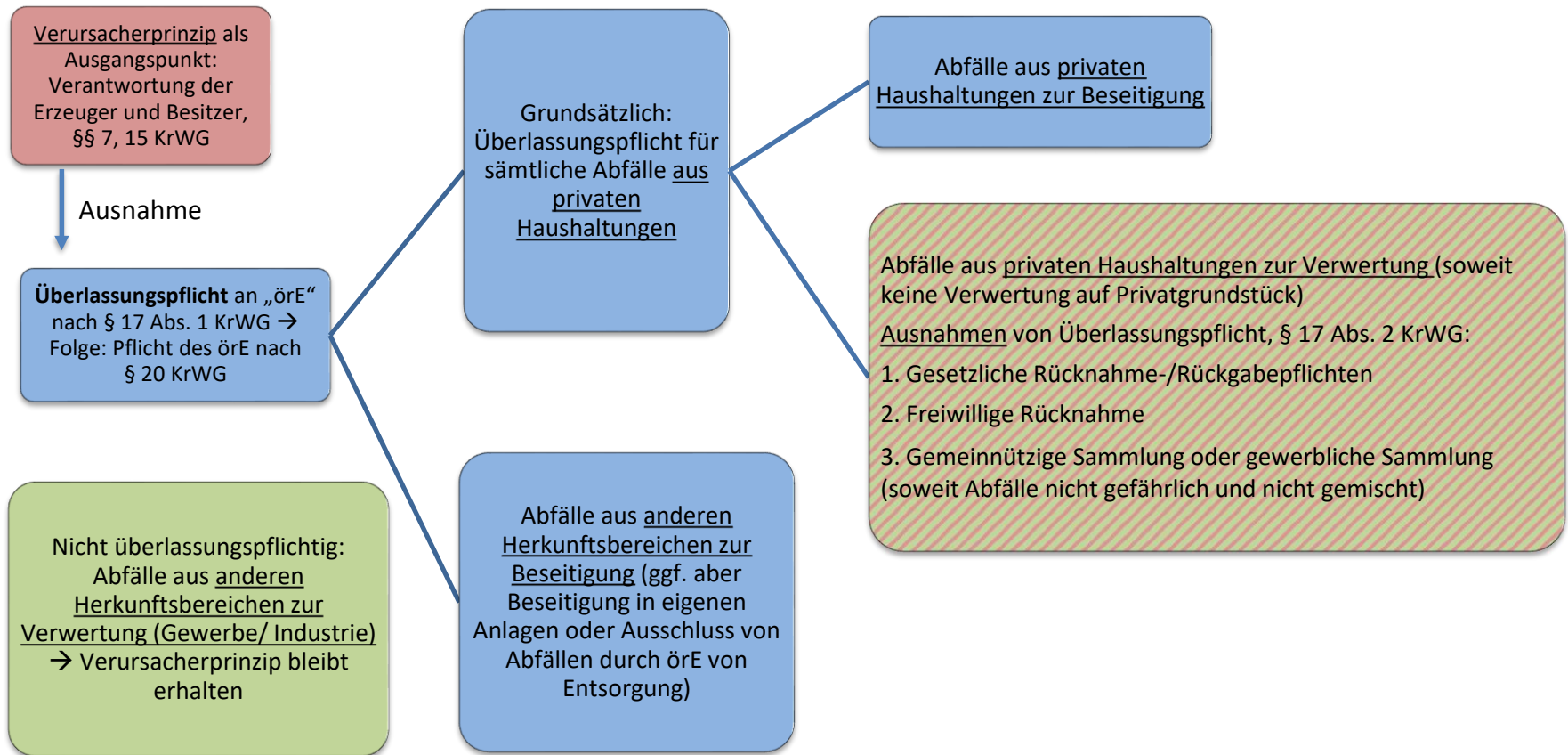
*„Die zur Verwertung und Beseitigung Verpflichteten können Dritte mit der Erfüllung ihrer Pflichten beauftragen. Ihre Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Pflichten bleibt hiervon unberührt und **so lange bestehen, bis die Entsorgung endgültig und ordnungsgemäß abgeschlossen ist.** Die beauftragten Dritten müssen über die erforderliche Zuverlässigkeit verfügen.“*

- Was ist mit **Händlern/Maklern**, die **niemals Besitz** hatten?
 - Keine Pflicht nach **KrWG (Bundesrecht)**, weil kein Anknüpfungspunkt für Haftung
 - Aber: **Landesrecht** kann „Lücke“ füllen (BVerwG, Beschluss v. 5.11.2012, Az.: 7 B 25/12): Händler und Makler, die an illegalen Entsorgungsvorgängen beteiligt waren, können auf Basis des Landesordnungsrechts „zur Besitzbegründung gezwungen“ werden
→ Zweckveranlassung
 - Bsp.: Art. 31 BayAbfG, § 23 BbgAbfBodG



Darf die Privatwirtschaft (Metall-)Abfälle aus privaten Haushaltungen sammeln?

Gewerbliche Sammlung verwertbarer Abfälle aus privaten Haushaltungen



Aktuelle Rechtsprechung zur gewerblichen Sammlung

- Keine Ausnahme von der Überlassungspflicht unter den Voraussetzungen der gewerblichen/gemeinnützigen Sammlung für gefährliche und **gemischte Abfälle**, § 17 Abs. 2 Satz 2 KrWG
 - Urteile v. 23.2.2018 – 7 C 9.16 u. 7 C 10.16: **Sperrmüll** kein „gemischter Abfall“ in diesem Sinne → Weg in die gewerbliche/gemeinnützige Sammlung offen
- Zu den Voraussetzungen, unter denen trotz Nebeneinanders von kommunalem Erfassungssystem und gewerblicher Konkurrenz die Vermutung **überwiegender öffentlicher Interessen, die der gewerblichen Sammlung entgegenstehen**, entfallen muss
 - Grundsatzurteil des BVerwG v. 30.6.2016 – 7 C 4/14: **Irrelevanzschwellenkriterium**
 - Bestätigt durch BVerwG, Urteile v. 11.7.2017 – 7 C 36/15 u. C 35/15
 - **Prognose** zum Mengenzug für kommunale Sammlung durch neu auf den Markt tretende Sammlungen
 - BVerwG zu Alttextilien: drohender Mengenzug von **10-15 %** nicht „relevant“
 - Aber: Keine einheitliche Linie der unter- und obergerichtlichen Rspr. in Anwendung des Kriteriums (insb. zur „Berechnung“ der zu erwartenden Belastung)



Welche Anforderungen müssen Händler und Makler von Abfällen beachten?

Besondere Anforderungen für Händler und Makler

- Definition des Händlers, § 3 Abs. 12 KrWG

*„Händler von Abfällen im Sinne dieses Gesetzes ist jede natürliche oder juristische Person, die gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmen, das heißt, aus Anlass einer anderweitigen gewerblichen oder wirtschaftlichen Tätigkeit, die nicht auf das Handeln mit Abfällen gerichtet ist, oder öffentlicher Einrichtungen **in eigener Verantwortung Abfälle erwirbt und weiterveräußert**; die Erlangung der **tatsächlichen Sachherrschaft** über die Abfälle ist hierfür **nicht erforderlich**.“*

- Definition des Maklers, § 3 Abs. 13 KrWG

*„Makler von Abfällen im Sinne dieses Gesetzes ist jede natürliche oder juristische Person, die gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmen, das heißt, aus Anlass einer anderweitigen gewerblichen oder wirtschaftlichen Tätigkeit, die nicht auf das Makeln von Abfällen gerichtet ist, oder öffentlicher Einrichtungen **für die Bewirtschaftung von Abfällen für Dritte sorgt**; die Erlangung der **tatsächlichen Sachherrschaft** über die Abfälle ist hierfür **nicht erforderlich**.“*



Welchen Anzeige- und Erlaubnispflichten unterliegt die Tätigkeit des Händlers/Maklers von Abfällen?

Pflichten für Händler und Makler von Abfällen: Anzeige- und Erlaubnispflicht

- Tätigkeit (des Betriebs) bedarf einer Anzeige oder Erlaubnis nach §§ 53, 54 KrWG und AbfAEV
 - Handeln/Makeln mit **gefährlichen** Abfällen → Grds. **erlaubnispflichtig**, § 54 Abs. 1 KrWG
 - Handeln/Makeln mit **ungefährlichen** Abfällen → Grds. **anzeigepflichtig**, § 53 Abs. 1 KrWG
- **Zuständig** ist Behörde am Sitz des Unternehmens (Brandenburg/Berlin: SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH)
- Handel treiben/makeln mit gefährlichen Abfällen ohne Erlaubnis ist **Ordnungswidrigkeit**, § 69 Abs. 1 Nr. 7 KrWG (Geldbuße bis zu 100.000 Euro, § 69 Abs. 3 KrWG)
- **Wichtigste Ausnahme** von der Erlaubnispflicht: **Entsorgungsfachbetriebe**, soweit sie für die erlaubnispflichtige Tätigkeit zertifiziert sind, § 54 Abs. 3 Nr. 2 KrWG → **Anzeigepflicht bleibt bestehen**

Pflichten für Händler und Makler von Abfällen: Anzeige- und Erlaubnispflicht

Zuverlässigkeit

- Behördliche **Zuverlässigkeitsprüfung** für **Betriebsinhaber** und die für **Leitung/Beaufsichtigung verantwortlichen Personen** (sowohl im Erlaubnis- als auch im Anzeigeverfahren)
- **Regelvermutung der Unzuverlässigkeit** bei bestimmten Verstößen gegen umweltrechtliche Bestimmungen bei Geldbuße von mehr als 2.500 Euro oder strafrechtlicher Verurteilung innerhalb von 5 Jahren vor Anzeige/Erlaubnis Antrag oder bei wiederholtem/grob pflichtwidrigem Verstoß

Pflichten für Händler und Makler von Abfällen: Anzeige- und Erlaubnispflicht

Fach- und Sachkunde

- Spezifische **Fach- und Sachkundeanforderungen** an Betriebsinhaber und Leitungspersonal
 - **Berufsausbildung** und fachbezogene Qualifikationen/Tätigkeiten
 - Für Erlaubnispflichtige: obligatorische Teilnahme an behördlich anerkanntem **Lehrgang** alle 3 Jahre
 - Für Anzeigepflichtige: ggf. behördlich angeordnete **Lehrgangsteilnahme**
- Sachkundenachweis **sonstiges Personal** → Betriebliche Einarbeitung gemäß Einarbeitungsplan und Sicherung aktuellen Wissensstandes

→ Behördliche **Pflicht zur Untersagung des (angezeigten) Betriebs** bei Unzuverlässigkeit/ nicht nachgewiesener Fach- oder Sachkunde, § 53 Abs. 3 Satz 3 KrWG



Haben Händler und Makler Pflichten nach der Nachweisverordnung?

Pflichten für Händler und Makler von Abfällen: Register und Nachweise

- Registerpflichten

- Entsorgungsanlagenbetreiber - § 49 Abs. 1 KrWG: **alle Abfälle**
- Erzeuger, Besitzer, Sammler, Händler, Makler - § 49 Abs. 3,1 KrWG: **gefährliche Abfälle**
- Konkretisierung der Anforderungen an die Registerführung durch Händler und Makler:
§ 25a NachwV
 - Händler: Registrierung der erworbenen und veräußerten Abfälle je Abfallart
 - Makler: Registrierung jedes vermittelten Vertragsabschlusses über die Bewirtschaftung von Abfällen in zeitlicher Reihenfolge
- **§ 28 Abs.1 NachwV** sieht Vergabe von Händler- und Maklernummern vor

- Nachweispflichten

- Erzeuger, Besitzer, Sammler, Beförderer, Entsorger, § 50 Abs. 1 KrWG: **gefährliche Abfälle**



Was ist bei der internationalen Verbringung von Abfällen zu beachten?

Pflichten für Händler und Makler von Abfällen: Grenzüberschreitende Verbringung



Pflichten für Händler und Makler von Abfällen: Grenzüberschreitende Verbringung

Anforderungen regelt **VO (EG) 1013/2006 („EU-Abfallverbringungsverordnung“)**

- **Notifizierung:** Anforderungen gem. Art. 4 ff.
 1. Vertrag zwischen Notifizierendem und Empfänger
 2. Sicherheitsleistung
 3. Ausfüllung Notifizierungs- und Begleitformular
 4. Informationen und Unterlagen
 5. Zustimmungserfordernis der zuständigen Behörden am Versand- und Bestimmungsort
- **Händler/Makler** können **Notifizierender** sein, s. Art. 2 Nr. 15, wenn
 - „eingetragen“ (LAGA M-25: insb. Anzeige/Erlaubnis nach §§ 53, 54 KrWG)
 - von Erst-, Zweiterzeuger oder Sammler schriftlich ermächtigt
- Ggf. **Rücknahme- und Kostentragungspflichten** bei nicht abgeschlossener (Art. 22) oder illegaler Verbringung (Art. 24)

Pflichten für Händler und Makler von Abfällen: Grenzüberschreitende Verbringung

- **Allgemeine Informationspflichten:** Anforderungen gem. Art. 18
 1. Ausfüllung sog. Anhang-VII-Dokument durch Veranlasser der Verbringung
 2. Sicherstellung, dass Dokument mitgeführt wird
 3. Unterzeichnung auch vom Empfänger
 4. Vertrag zwischen Veranlasser der Verbringung und Empfänger bei Beginn der Verbringung
- **Illegale Verbringung** (ggf. mit **Rückführungspflichten für Veranlasser**) liegt u.a. vor, wenn Verbringung Anhang-VII-Dokument „sachlich nicht entspricht“, s. Art. 24 Abs. 9, Art. 2 Nr. 35 Buchst. g) iii)



Welche Aufklärungspflichten hat ein Auftragnehmer hinsichtlich der Beschaffenheit von Abfällen nach Entsorgungsvertragsrecht?

Abfalleinstufung, Entsorgungsvertragsrecht und Schadensersatz

Aufklärungspflichten und Schadensersatz – LG Essen, Urteil vom 19.05.2017 – 19 O 258/14 (1)

Sachverhalt (1)

- Klägerin ist ein führendes europäisches Recyclingunternehmen
- Beklagte ist eine europaweit tätige Herstellerin von bauchemischen Produkten und Abfallerzeugerin
- Geklagt wird auf Schadensersatz
- Klägerin hatte von der Beklagten zur Entsorgung verschiedene Abfälle aus dem Bereich der Klebstoff- und Dichtmassenherstellung übernommen.
- Die Abfälle wurden von den Parteien übereinstimmend als Klebstoff- und Dichtmassenabfälle gemäß Abfallschlüssel 08 04 09* der Abfallverzeichnisverordnung (AVV), die organische Lösemittel oder andere gefährliche Stoffe enthalten, eingestuft.
- Auf eine Deklarationsanalyse zur Abgrenzung dieses sogenannten „Spiegeleintrags“ vom ungefährlichen Abfall gemäß Abfallschlüsselnummer 08 04 10 AVV wurde verzichtet.

Abfalleinstufung, Entsorgungsvertragsrecht und Schadensersatz

Aufklärungspflichten und Schadensersatz – LG Essen, Urteil vom 19.05.2017 – 19 O 258/14 (2)

Sachverhalt (2)

- Unter den angelieferten Abfällen befand sich auch ein Spezialdichtstoff für die Herstellung von Isolierglasfenstern, der in der vorgelegenen Produktvariation einen **Quecksilberkatalysator** enthielt.
- Auf die Quecksilberbelastung hatte die Beklagte die Klägerin nicht gesondert hingewiesen. Die Klägerin ihrerseits hatte hiernach allerdings auch nicht gesondert gefragt.
- Die Klägerin übergab die übernommenen Abfälle an die Betreiberin einer Rückstandsverbrennungsanlage. Dort betrug der Annahmegrenzwert für Quecksilber 2 mg/kg. Die Quecksilberlast der Abfälle überschritt diesen Grenzwert. Es kam zu einem vorübergehenden Ausfall der Verbrennungsanlage.
- Zum Ausgleich des Kapazitätsverlust der Verbrennungsanlage zahlte die Klägerin 33.079,00 Euro netto an den Verbrennungsanlagenbetreiber
- **Steht dem klagenden Recyclingunternehmen ein Ersatzanspruch gegen der Beklagten zu?**

Abfalleinstufung, Entsorgungsvertragsrecht und Schadensersatz

- Mindestvoraussetzung vertraglicher Ersatzansprüche: Wirksamer **Vertrag** (hier → Entsorgungsvertrag) und hierauf bezogene **Pflichtverletzung**
- Hier nicht streitig: Verletzung von **Hauptleistungspflichten**:
 - Auftragnehmers: Herbeiführung des Entsorgungserfolgs
 - Auftraggeber: Leistung der Vergütung (ggf. „Verrechnungsposten“ bei Abfällen mit deutlich positivem Marktwert)
- Verletzung von **Nebenleistungspflichten**?
 - Aufklärung hinsichtlich aller Umstände, über die andere Partei im Interesse des Schutzes ihrer Rechtsgüter redlicherweise Aufklärung erwarten darf (sog. Integritätsinteresse), woraus ggf. sogar konkrete **Warnpflichten** folgen können
 - Erkennbares **Informationsgefälle** vorausgesetzt

Abfalleinstufung, Entsorgungsvertragsrecht und Schadensersatz

LG Essen: Leistungsbezogene (Neben-)pflichten des Abfallerzeugers:

- **Pflicht zur zutreffenden Einstufung** der gelieferten Abfälle nach Maßgabe der AVV
 - Vorrangig ist herkunftsbezogene Einstufung nach AVV
 - Stoffbezogene Einstufungen nur nachrangig
 - Aufgrund der Herkunft der Abfälle sei Einstufung als AS 08 04 09* AVV (Klebstoff- und Dichtmassenabfall, der organische Lösemittel oder andere gefährliche Stoffe enthält) zutreffend
 - **AS 06 04 04* (quecksilberhaltige Metallabfälle aus anorganisch-chemischen Prozessen)** wegen „eher stoffbezogenen“ Charakters hingegen **nicht**
- „Überdeklaration“ als gefährlicher Abfall nach Spiegeleintrag begründe **keine Pflichtverletzung**, da sie hier – aufgrund übereinstimmenden Verzichts auf Analytik – im Interesse einer geordneten Abfallentsorgung liege

Abfalleinstufung, Entsorgungsvertragsrecht und Schadensersatz

Eine darüber hinausgehende Aufklärungspflicht verneinte das Landgericht:

„Wenn ein Abfallentsorger Abfälle über einen Sammelentsorgungsnachweis und ohne Deklarationsanalyse in einer Müllverbrennungsanlage verwerten lässt, die bestimmte Grenzwerte für die Annahme des Abfalls voraussetzt, obliegt es dem Abfallentsorger, seine Mitarbeiter entsprechend zu informieren, damit diese die Vertragspartner der Klägerin von diesen besonderen Konditionen in Kenntnis setzen können.

Die Beklagte hatte unter Berücksichtigung der Umstände des vorliegenden Falles daher keine Veranlassung, die Klägerin von sich aus und ungefragt über Kleinstmengen von Quecksilber aufzuklären, die nach den abfallrechtlichen Vorschriften unterhalb der Erheblichkeitsschwelle lagen. Denn sie wusste nicht, dass die Klägerin beabsichtigte, die Abfälle in einer Müllverbrennungsanlage zu verwerten, die hinsichtlich der Quecksilberkonzentration bestimmten Anforderungen unterlag. Es bestand insoweit kein Informationsgefälle zu Lasten der Klägerin, sondern ein Informationsgefälle zu Lasten der Beklagten.“



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Dr. Tim Hahn

KOPP-ASSENMACHER & NUSSER Partnerschaft von Rechtsanwälten
mbB
10117 Berlin

Tel. +49 (0) 30 / 450 86 55 – 31
Fax +49 (0) 30 / 450 86 55 – 11
hahn@kn-law.de
www.kn-law.de